

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutschland auf Wachstumskurs halten, die soziale Erneuerung unseres Landes fortsetzen, standhaft für den Frieden – Für Arbeit, Sicherheit und Menschlichkeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die rot-grüne Regierungskoalition hat Deutschland wieder voran gebracht

Die rot-grüne Regierungskoalition erneuert Deutschland gerecht und nachhaltig. Der Politikwechsel von 1998 war notwendig, denn mit jedem Jahr der Vorgängerregierung von Bundeskanzler Helmut Kohl wuchsen die Probleme.

Deutschland war in den 1990er Jahren auf vielen Gebieten zurückgefallen. Während unsere europäischen Nachbarn notwendige Reformen vorangetrieben hatten, verschliefen CDU/CSU und FDP die Zeit zur Erneuerung in wirtschaftlich günstigen Jahren. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog sprach nicht ohne Grund von einem Mehltau, der sich auf das Land gelegt hatte.

Die Schlussbilanz der Regierung Kohl war verheerend:

- CDU/CSU und FDP hatten die höchste Steuer- und Abgabenbelastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen hinterlassen. Allein die Lohnnebenkosten stiegen von 35,6 Prozent (1990) auf 42,1 Prozent (1998);
- CDU/CSU und FDP hatten die Bundesschulden von 1991 bis 1998 um 395 Mrd. Euro erhöht;
- CDU/CSU und FDP hatten den Aufbau der neuen Bundesländer falsch – nämlich erheblich über die Sozialsysteme – finanziert. Zudem wurde den Menschen leichtfertig „blühende Landschaften“ versprochen;
- CDU/CSU und FDP hatten einen Anstieg der Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent (Jahresdurchschnitt 1992) auf 11,1 Prozent (1998) zu verantworten. In dieser Zeit sank die Erwerbstätigenquote von 66,6 Prozent (1992) auf 63,8 Prozent (1998);
- CDU/CSU und FDP hatten trotz mehrjährigen kräftigen Wirtschaftswachstums Arbeitslose vermehrt aus der Statistik herausgenommen und in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gesteckt. Von Januar bis September 1998 stieg die Teilnehmerzahl der fünf wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (ABM, SAM, EGZ, Weiterbildung und Trainingsmaßnahmen) von rund 517 000 auf fast eine Million (973 000). Damit wurde die Arbeitslosenstatistik kurz vor der Wahl 1998 beschönigt!;

- CDU/CSU und FDP hatten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung kontinuierlich gekürzt, zwischen 1992 und 1998 um umgerechnet 670 Mio. Euro;
- CDU/CSU und FDP wurden vom Bundesverfassungsgericht für eine unzureichende Familienpolitik gerügt, weil Erziehungs- und Betreuungsleistungen nicht angemessen anerkannt wurden.

Kein Zweifel: Deutschland stand 1998 vor den großen Herausforderungen einer nachzuholenden Modernisierung. Die rot-grüne Regierungskoalition hat den Reformstau aufgelöst. Die rot-grüne Regierungskoalition hat angepackt, wozu CDU/CSU und FDP nie den Mut hatten. Die rot-grüne Bundesregierung ist dabei einen ehrlichen Weg gegangen der unvermeidlich schwierig war.

Heute kann festgestellt werden: Die Richtung stimmt, erste Erfolge sind sichtbar. Deutschland ist seit 1998 ein gutes Stück vorangekommen. Die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt sind geschaffen. Vieles ist erreicht. Vieles ist noch zu tun.

2. Die Opposition: Verantwortungslosigkeit statt Ehrlichkeit

CDU/CSU und FDP üben sich in der Lust am Untergang und reden Deutschland kontinuierlich schlecht. Sie wollen die Menschen verunsichern. Die Kanzlerkandidatin der Union hat offenbar jedes Maß verloren, wenn sie sagt:

„Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg lag dieses Land in Schutt und Asche. Und da hat es Menschen gegeben, die haben gesagt, wir wollen dieses Land aufbauen. (...) Und heute im Jahr 2005, stehen wir wieder vor einer solchen Weichenstellung. Warum soll uns das, was uns 1949 gelungen ist, nicht auch jetzt gelingen.“ (Angela Merkel beim CDU-Wahlkampfauftakt in Essen, zit. nach: SPIEGEL ONLINE, 10. August 2005).

Solche parteitaktisch motivierten Katastrophenszenarien sind verantwortungslos und unanständig. CDU/CSU und FDP reden das Land schlecht, um letztlich einer Ökonomisierung der Gesellschaft den Boden zu bereiten. Das ist in Wahrheit gemeint, wenn die Kanzlerkandidatin der CDU/CSU „Vorfahrt für Arbeit“ fordert. Wäre Frau Merkel ehrlich, müsste sie ihr Motto „Vorfahrt für Arbeitgeber“ nennen.

CDU/CSU reduzieren das Gemeinwohl auf Marktfreiheit. Globalisierung wird zum Vorwand für Sozialabbau, bis hin zur Privatisierung von Lebenschancen und -risiken. Das ist gemeint, wenn Frau Merkel betont, „sozial ist, was Arbeit schafft.“ Damit ist der politische Konservatismus in Deutschland substanzlos geworden.

Die Blockadehaltung von CDU/CSU im Bundesrat hat Deutschland in den vergangenen drei Jahren erheblich geschadet. Die Kanzlerkandidatin der CDU/CSU und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber haben in unverantwortlicher Weise Parteitaktik über die Interessen des Landes und die Chancen der Menschen gestellt. Sie haben sich fast jeder konstruktiven Zusammenarbeit zum Wohle des Landes entzogen.

In zweieinhalb Jahren dieser Wahlperiode hat es eine Blockade des unionsgeführten Bundesrates von nie gekanntem Ausmaß gegeben. Es gab in der zweieinhalbjährigen Wahlperiode 29 Einsprüche und damit fast so viel wie in den ersten 12 Wahlperioden zusammen.

Der destruktiven Haltung der Opposition zum Trotz ist Deutschland auf einem guten Weg. Das renommierte Wirtschaftsmagazin The Economist stellt dem Standort Deutschland in seiner August-Ausgabe sehr gute Noten aus. Das Blatt urteilt: „There are encouraging signs that Germany’s economy

is set to grow more strongly.“ Als Begründung für ihr optimistisches Deutschland-Bild bieten die Autoren eindeutige Fakten: sinkende Lohnstückkosten, steigende Gewinne der Dax-Unternehmen und eine flexiblere Lohnpolitik. Der Economist kritisiert die Pläne der CDU/CSU-Kanzlerkandidatin, die Mehrwertsteuer nach der Wahl um zwei Prozentpunkte zu erhöhen.

Galt Deutschland 1998 noch als ein zu teurer, nicht mehr im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger Standort, so genießt Deutschland heute bei international tätigen Unternehmen einen guten Ruf. Das ist auch das Ergebnis einer Umfrage, die das renommierte Wirtschaftsprüfungsunternehmen Ernst & Young im Jahr 2004 unter mehr als 500 ausländischen Unternehmen durchgeführt hat. 19 Prozent der befragten Unternehmen zählten Deutschland zu einem der drei attraktivsten Standorte weltweit.

3. Die rot-grüne Regierungskoalition hat die Chancen der Menschen verbessert

Reformen sind kein Selbstzweck. Reformen müssen Werten folgen und Zielen dienen. Die rot-grüne Regierungskoalition steht für eine Politik, die die Menschen nicht alleine lässt – gerade in Zeiten des Wandels. Sie steht für einen Staat, der die Menschen bei der freien Entfaltung ihrer Lebensentwürfe aktiv unterstützt. Dafür sind in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik wichtige Voraussetzungen geschaffen worden.

Diese Politik unterscheidet sich grundlegend von einer Politik, die die Menschen nur als Marktteilnehmer betrachtet, als Humankapital. Die rot-grüne Regierungskoalition sagt: Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Freiheit in der sozialen Marktwirtschaft bedeutet, Chancen zur Teilhabe zu eröffnen und Handlungsspielräume zur Teilnahme zu erweitern.

Deutschland steht heute für eine moderne, zukunftsfähige, soziale, welt-offene und solidarische Gesellschaft. Das sind Markenzeichen rot-grüner Regierungspolitik seit 1998, die im In- und Ausland zunehmend anerkannt werden.

3.1 Deutschland ist auf Wachstumskurs

Die Agenda 2010 und das 20-Punkte-Programm aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 17. März 2005 sind die richtigen Antworten auf globales Wirtschaften und das Älterwerden der Gesellschaft.

Mit der Reformpolitik der rot-grünen Regierungskoalition sind wichtige Schritte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingeleitet worden.

Steuerliche Entlastung für Familien, Arbeitnehmer und Unternehmen

Die Einkommensteuern wurden in mehreren Schritten gesenkt, das Kindergeld dreimal angehoben. Eine Familie mit zwei Kindern muss heute unter Berücksichtigung des Kindergeldes erst dann Steuern zahlen, wenn ihr Bruttoeinkommen höher als 37 540 Euro im Jahr ist. Die Behauptung der Union, mit ihr hätten Familien künftig 5 000 Euro mehr steuerfrei, ist falsch.

Mittelständische Unternehmen wurden – neben den einkommensteuerlichen Entlastungen – faktisch von der Gewerbesteuer befreit. Dazu war die Union in ihrer langen Regierungszeit nicht in der Lage. Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften sind heute auch steuerlich wieder international wettbewerbsfähig.

Die rot-grüne Regierungskoalition hat die Steuerreform trotz äußerst angespannter Haushaltslage realisiert. Schädliche Subventionen wurden trotz Widerstand der Opposition abgebaut, um Mittel für Zukunftsinvestitionen frei zu schaufeln.

Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener wurden bereits in erheblichem Maße reduziert, so dass sich Spitzenverdiener immer weniger arm rechnen können. Die von Angela Merkel und Paul Kirchhof aufgestellte Behauptung, nur bei einem geringeren Spitzensteuersatz würde dieser auch bezahlt, ist unsinnig. Es geht auch 100 Prozent von Steuersatz 42.

Das Land wäre heute weiter, wenn die Union den Abbau von Steuersubventionen mitgemacht hätte. Mit ihrer destruktiven Blockadehaltung im Bundesrat haben CDU/CSU auch gegen die Interessen von Ländern und Kommunen gehandelt. Damit haben sie eine Entlastung der öffentlichen Haushalte in Höhe von 17 Mrd. Euro und ein entsprechend geringeres Maastrichtdefizit verhindert.

Die Konsolidierung des Bundeshaushalts, aber auch der anderen öffentlichen Haushalte, bleibt eine zentrale Aufgabe. Voraussetzung ist allerdings das konstruktive Zusammenwirken von Bund und Ländern, dem sich die CDU/CSU in den letzten Jahren weitestgehend verweigert haben. Hier gibt es eine klare Gesamtverantwortung, ohne die der Staat seine Handlungsfähigkeit für die zukünftigen Generationen verlieren würde.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen muss konjunkturgerecht umgesetzt werden und darf nicht das Wachstum gefährden. Die rot-grüne Bundesregierung wird bei einem noch nicht gesicherten kräftigen Aufschwung auch weiterhin keine zusätzlichen Sparrunden durchführen.

Senkung der Sozialversicherungsbeiträge

Die Beiträge zur Sozialversicherung wurden von 42,1 Prozent im Jahr 1998 auf 40,96 Prozent im Juli 2005 gesenkt. Die von Arbeitgeberseite immer geforderte Beitragssatzsenkung auf unter 40 Prozent (20 Prozent Arbeitgeberanteil) wurde mit einem Arbeitgeberanteil von 18,8 Prozent mehr als erfüllt.

Die Krankenkassen schreiben wieder schwarze Zahlen. Nach einem Defizit von rund 3,5 Mrd. Euro in 2003 erzielte die gesetzliche Krankenversicherung 2004 einen Überschuss von vier Mrd. Euro, und auch 2005 wird mit einem deutlichen Plus gerechnet. Der durchschnittliche Beitragssatz konnte 2004 auf 14,2 Prozent gesenkt werden. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten und zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen geleistet.

Mit der ökologischen Steuerreform wurde der Faktor Arbeit deutlich entlastet. Durch die Ökosteuer konnten die Beiträge zur Rentenversicherung auf 19,5 Prozent gesenkt werden. Ohne Ökosteuer lägen sie heute bei 21,2 Prozent. Mit dem Beitragssatzsicherungsgesetz konnte 2003 die Finanzsituation der Rentenversicherung stabilisiert werden. Ohne die Rentnerinnen und Rentner zu belasten, wurde der Beitragssatzanstieg auf 19,5 Prozent begrenzt. Mit der 2001 beschlossenen Riester-Rente wird langfristig dafür gesorgt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche private Altersversorgung aufbauen können.

Mit der Einführung haushaltsnaher Minijobs und der Reform der geringfügigen Beschäftigung ist die Beschäftigung in privaten Haushalten unbürokratisch gestaltet und von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet worden. Waren vor der Reform lediglich 27 000 Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten gemeldet, sind es inzwischen weit mehr als 100 000.

Mit der Einführung einer Gleitzone für Sozialversicherungsbeiträge in Form der Midi-Jobs, müssen Arbeitnehmer zwischen einem Einkommen von 401 Euro und 800 Euro nur verringerte Beiträge zu den Sozialversicherungen leisten und sind dennoch sozial abgesichert. Damit wurden die hohen Lohnnebenkosten für kleine Einkommen verringert und neue Beschäftigungschancen geschaffen. Viele der Midi-Jobs sind von Frauen besetzt, sie sind mehrheitlich in Klein- und Mittelbetrieben im Dienstleistungssektor entstanden.

Positive Konjunktorentwicklung

Deutschland ist heute wieder auf Wachstumskurs - trotz hoher Ölpreise und ungünstigen Wechselkursen. Nahezu alle aktuellen Indikatoren zeigen eine positive Konjunktorentwicklung auf. Deutsche Unternehmen sind hoch wettbewerbsfähig.

Die Zahl der neu gegründeten Unternehmen steigt weiter an. Im Jahr 2003 waren in der Gewerbeanzeigenstatistik 514 000 Gründungen kleinerer Betriebe, 2004 sogar 644 000 zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird durch Fördermaßnahmen zur Selbstständigkeit der Bundesagentur für Arbeit unterstützt. Rund 256 000 Personen wurden 2003 Überbrückungsgelder oder Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG) bewilligt, 2004 erhielten 360 000 Personen derartige Beihilfen.

Die Zahl der Selbständigen in Deutschland ist von vier auf 4,4 Millionen angestiegen. Die Zahl der Handwerksbetriebe ist nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung gestiegen – im vergangenen Jahr um 4,8 Prozent auf 887 300.

Als Hauptgrund für diesen ersten Anstieg seit vier Jahren wird die von der rot-grünen Bundesregierung umgesetzte Lockerung des Meisterzwangs genannt. Allein zwei Drittel der Neugründungen (67,9 Prozent) entfielen auf Handwerke, in denen der Meisterzwang abgeschafft wurde.

Auch die Stimmung der Verbraucher hellt sich deutlich auf, wie die aktuell erstellten Indikatoren der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zeigen.

Deutschland braucht eine verlässliche Reformpolitik. Das Programm von CDU/CSU konterkariert die mit großen Reformanstrengungen erreichte wirtschaftliche Erholung. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ist das pure Gift für wirtschaftliches Wachstum. Die geplante Aufhebung des Kündigungsschutzes schafft Verunsicherung und wird die Verbraucher vom Konsum abhalten. Das Unionsprogramm ist damit ein gefährliches Rezessionsprogramm.

3.2 Der Arbeitsmarkt ist in Bewegung

Die wirtschaftliche Erholung führt zu einer Belebung des Arbeitsmarktes. Deutliches Anzeichen dafür sind 50 Prozent mehr offene Stellen. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen wächst infolge des wieder erstarkten Grundvertrauens in den Standort Deutschland. Die Zahl der gesamtwirtschaftlich geleisteten Arbeitsstunden ist deutlich gestiegen, was zu einem Aufwuchs an Beschäftigung geführt hat.

Heute sind in Deutschland 38,978 Millionen Menschen erwerbstätig, 1 478 000 mehr als im Vergleichsmonat 1998. Die nationale Beschäftigungsquote ist 2004 laut Eurostat auf 65,5 Prozent angestiegen (zum Vergleich EU-15: 64,8 Prozent).

Der Arbeitsmarkt ist in Bewegung gekommen. Nachdem infolge der Einbeziehung von bislang rund 380 000 nicht registrierten erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik durch die Hartz-Reformen im

Winter 2005 kurzzeitig die 5-Millionen-Schwelle überschritten wurde, fiel die Arbeitslosenzahl im August den fünften Monat in Folge auf nun 4 728 000. Deutschland kommt Stück für Stück voran. Seit Februar 2005 ist die Arbeitslosigkeit nicht nur saisonbedingt um eine halbe Million zurückgegangen.

Der Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist gestoppt; sie steigt wieder an, allein von März auf Juni um 146 000 auf 26,11 Millionen. Dieser Trend setzt sich fort. Unternehmen sind wieder im stärkeren Maße bereit, sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs zu besetzen.

Tatsache ist, dass die Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2004 niedriger lag als im Jahresdurchschnitt 1998, dem letzten Jahr der Kohl-Regierung – und dies trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Lage. Im Jahresdurchschnitt 2004 waren fast eine Million Menschen mehr erwerbstätig als im Jahresdurchschnitt 1998. Die Erwerbstätigenquote ist von 63,8 Prozent auf 64,3 Prozent angestiegen.

Im August 1998 nahmen über 882 000 Personen an den wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil. Im August 2005 waren es nur noch rund 248 000 Personen; 635 000 weniger als im Vergleichsmonat der Kohl-Regierung.

Unter Berücksichtigung dieser arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und des statistischen Effektes durch Hartz IV (etwa 380 000 Personen) besteht überhaupt kein Anlass zu einem Katastrophenszenario, wie es CDU/CSU und FDP herbeizureden versuchen. Ein nüchterner Blick auf die Zahlen belegt, die rot-grüne Bundesregierung steht mit 4,728 Millionen registrierten Arbeitslosen im August 2005 nicht schlechter da als die Kohl-Regierung. Im Gegenteil: vergleicht man die Arbeitslosenquoten (11,8 Prozent August 1998 gegenüber 11,4 Prozent im August 2005) steht die rot-grüne Bundesregierung besser da.

Dank der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung liegt die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in Deutschland unter der des EU-15-Durchschnitts. Seit 1998 wurden über 180 Ausbildungsberufe neu geregelt oder modernisiert. Der von der Bundesregierung 2004 in einer konzertierten Aktion mit den Wirtschaftsverbänden geschlossene Ausbildungspakt mit dem Ziel, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder eine Qualifizierungsmaßnahme anzubieten, hat spürbare Erfolge gebracht. 573 000 Ausbildungsplätze konnten bis Ende 2004 besetzt werden, was gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 2,8 Prozent bedeutete. Außerdem wird durch die im Rahmen des Ausbildungspaktes vereinbarte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Betrieben die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger gemeinsam verbessert.

Die Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt zeigen Wirkung. Sie sichern Teilhabe am Arbeitsmarkt, indem sie durch aktive Arbeitsmarktpolitik Menschen, die seine Anforderungen noch nicht erfüllen, hierfür qualifizieren und die Qualität der Vermittlung verbessern. Sie fördern zudem die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern.

Durch die Gesetze der rot-grünen Regierungskoalition war die Schwarzarbeit in Deutschland im Jahr 2004 das erste Mal seit vielen Jahren rückläufig. Insbesondere durch die Reform der geringfügigen Beschäftigung, die Reform der Handwerksordnung mit neuen Beschäftigungspotentialen bei einfachen Handwerksdienstleistungen und die effektivere Bekämpfung von illegaler Beschäftigung durch das neue Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit konnte der seit einem Jahrzehnt anhaltende Trend zu mehr Schwarzarbeit umgekehrt werden. Erstmals seit vielen Jahren ist die Schwarzarbeit rückläufig. Im laufenden Jahr 2005 bestätigt sich der Trend zu rückläufiger Schwarzarbeit als konstant und nachhaltig.

3.3 Aufbau Ost

Am 3. Oktober 2005 blickt Deutschland zurück auf 15 Jahre Einheit. In den zurückliegenden 15 Jahren konnten in den neuen Bundesländern erhebliche Fortschritte erzielt werden. Das ist vor allem ein Verdienst der Menschen in Ost und West. Die rot-grüne Bundesregierung hat sie dabei unterstützt, hat Prioritäten neu geordnet, Investitionen erhöht und Wachstumskerne entwickelt. Die Regionen sind gestärkt, die Realitäten ehrlich benannt worden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat gemeinsam mit allen Ländern eine verlässliche finanzielle Perspektive für die neuen Bundesländer geschaffen. Mit dem Solidarpakt II stehen den neuen Ländern bis 2019 insgesamt 151 Mrd. Euro zur Verfügung, um teilungsbedingte Lasten abzubauen, die Modernisierung der Infrastruktur und im Bereich von Wissenschaft und Forschung fortzusetzen und Investitionen zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu befördern.

CDU/CSU und FDP unterschlagen diese gemeinsamen Anstrengungen, weil sie nicht in ihr verzerrtes Bild des Landes passen. Wer den Standort Deutschland jedoch kontinuierlich schlecht redet, verunsichert die Menschen in Ost und West und schmälert ihre Leistungen. Und wer – wie im von Paul Kirchhof geforderten und von CDU/CSU und FDP unterstützten Kopfsteuer-Modell festgehalten – vor 2010 den Solidaritätszuschlag abschaffen will, schafft Verunsicherung und gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern.

3.4 Familien gestärkt

Mehr Kinderbetreuung und Kinderfreundlichkeit

Mit Initiativen für ein familienfreundlicheres Umfeld und dem Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für Bildung und Betreuung unterstützt die rot-grüne Bundesregierung Eltern und ihre Kinder. Mit dem Tagesbetreuungs-ausbaugesetz können bis zum Jahr 2010 in Deutschland 230 000 Kinder mehr als heute in Kindertageseinrichtungen oder von Tagesmüttern und -vätern betreut werden. Für die Regierungskoalition zählt: Gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an. Dabei geht es auch um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile.

Gute Angebote für Eltern und ihre Kinder interessieren die Opposition nicht. Lange haben CDU und CSU das Gesetzgebungsverfahren hinausgezögert und waren nicht zu Kompromissen bereit. Bayern hat im Bundesrat das Kommunale Entlastungsgesetz eingebracht. Was die Union wollte: Massive Kürzungen bei den Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen, eine willkürliche Kinder- und Jugendhilfe nach Kassenlage. Das hat die rot-grüne Regierungskoalition verhindert.

Mehr Kindergeld

Seit 1998 hat die rot-grüne Bundesregierung die direkten Leistungen für Familien um rund die Hälfte auf jetzt 60 Mrd. Euro gesteigert: Das Kindergeld wurde von 112 Euro auf 154 Euro erhöht, die Kinderfreibeträge wurden neu gestaltet, erstmals können Kinderbetreuungskosten steuerlich abgesetzt werden. Mit dem Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro je Kind im Monat wurde darüber hinaus eine gezielte Förderung gering verdienender Eltern beschlossen.

Dazu kommt die Anerkennung von Erziehungsleistungen bei der Alterssicherung. Seit 1998 werden Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Erziehung ihrer Kinder zeitweise aufgeben oder einschränken, bei der Rente besser gestellt.

3.5 Mehr Geschlechtergerechtigkeit

Die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern hat die rot-grüne Regierungskoalition wir mit einer Reihe von Gesetzen deutlich vorangebracht: Mit dem Gewaltschutzgesetz können sich Frauen besser gegen Gewalt wehren. Ausländische Ehefrauen erhalten bei Misshandlungen ein sofortiges eigenständiges Aufenthaltsrecht. Geschlechtsspezifische Verfolgungen sind im Zuwanderungsgesetz als eigenständiger Asylgrund verankert worden. Die Definition für Menschenhandel wurde verschärft, nicht nur Handel in die Prostitution sondern auch Zwangsarbeit und Zwangsheirat sind nun erfasst. Auch auf dem Arbeitsmarkt sorgen das Aktionsprogramm „Frauen und Beruf“, das Teilzeitgesetz und das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst, dessen Bestimmungen auch auf die Bundeswehr ausgedehnt wurden, für deutliche Verbesserungen. Aus Elternurlaub wurde Elternzeit, mit deutlich verbesserten Bedingungen. Damit ist ein wichtiger Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter getan. Mit der Reform der Rentenversicherung und den Unisex-Tarifen bei der Riester-Rente hat die Regierungskoalition einen Beitrag zu mehr Rentengerechtigkeit geleistet.

Für die Opposition erschöpft sich Frauenpolitik in Familienpolitik – das wird weder den Frauen noch den Vätern gerecht. Ein Kirchhofsches Modell, bei dem die „Mutter Karriere in der Familie“ macht und der „Vater die ökonomischen Grundlagen der Familie“ sichert, ist rückwärtsgewandt. Die rot-grüne Regierungskoalition nimmt die Gleichstellungsverpflichtung des Grundgesetzes ernst und richtet ihre praktische Politik danach aus.

3.6 Eine moderne Gesellschaft – tolerant und weltoffen

Die rot-grüne Bundesregierung hat ein tolerantes Klima in der Gesellschaft gefördert.

In einer freien und weltoffenen Gesellschaft übernehmen Menschen füreinander Verantwortung. Anstatt den Bürgerinnen und Bürgern vorzuschreiben, wie sie zu leben haben, wirbt die Regierungskoalition für eine pluralistische Zivilgesellschaft, die unterschiedliche Lebensentwürfe respektiert und in der Diskriminierung keine Chance hat.

Die rot-grüne Regierungskoalition hat das noch aus der Kaiserzeit stammende Staatsbürgerschaftsrecht modernisiert. Die dadurch ermöglichte Zuwanderung von Hochqualifizierten trägt zu Wachstum und Wohlstand in Deutschland bei. Die Integrationspolitik wurde auf eine neue Grundlage gestellt. Dies hilft Neuzuwanderern – aber auch bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten – bei der Eingliederung in unsere Gesellschaft. Die rot-grüne Regierungskoalition hat Lesben und Schwule vom Rand in die Mitte der Gesellschaft geholt. Das Lebenspartnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare hat in der Gesellschaft große Zustimmung gefunden. Viele Tausend Lebenspartnerschaften wurden seit 2001 geschlossen.

Die CDU/CSU hat all diesen Vorhaben hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt und im Bundesrat – mitunter sekundiert von der FDP – nichts unversucht gelassen, Fortschritte einer modernen Gesellschaftspolitik zu torpedieren.

3.7 Bildung und Forschung für ein Land der Ideen

Investitionen in Bildung und Forschung

Die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung sind nach den Kürzungen der Regierung Kohl kontinuierlich erhöht worden – von 1998 bis 2005 um 2,4 Mrd. Euro, ein Zuwachs von rund 38 Prozent. Die Ausgaben liegen deutlich über dem EU-Schnitt.

Zwischen 1998 und 2004 sind die Studienanfängerzahlen eines Jahrgangs von knapp 28 auf rund 38 Prozent gestiegen. Die Hälfte der Studierenden sind Frauen. Die Potentiale und die Kreativität dieser jungen Menschen müssen verstärkt gefördert werden. So werden Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Die Ausgaben für das BAföG haben sich fast verdoppelt. Ein wichtiger Erfolg: Der Anteil der Studienanfänger aus Arbeiterfamilien wächst.

Mit über einer Mrd. Euro jährlich werden Schlüsseltechnologien für Arbeitsplätze der Zukunft gefördert. Der Pakt für Forschung und Innovation unterstützt die Forschungsorganisationen. Mit der Exzellenzinitiative, den Juniorprofessuren, Bachelor- und Masterstudiengängen werden die Hochschulen fit gemacht.

Die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation sind vom Finanzvolumen als auch von ihrer Ausstattung her beispiellos. Deutsche Forscher können sich international sehen lassen. In kaum einem anderen Land werden so viele Patente angemeldet, wie hierzulande. Deutschland liegt weltweit auf dem dritten Platz. In Zukunftsbranchen wie der Nano- oder der Biotechnologie zählen die Deutschen zur Weltspitze.

Ganztagsschulen gefördert

Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützt die rot-grüne Bundesregierung die Länder mit insgesamt vier Mrd. Euro für den Auf- und Ausbau von 10 000 Ganztagsschulen. Bereits im Schuljahr 2006/2007 wird es an 5 000 Schulen ganztägige Angebote geben. Studien zeigen: Die breite Mehrheit der Deutschen fordert ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsschulen.

CDU und CSU sind aus ideologischen Gründen gegen solche Ganztagsangebote. Die Umsetzung des Programms in den Unionsländern verläuft sehr schleppend. Die Union verhindert damit besseren Unterricht und bessere Förderung für die Kinder und stellt sich gegen Schüler, Eltern und Lehrer.

3.8 Moderne Umwelt- und Energiepolitik, für Arbeit, Klimaschutz und Lebensqualität

Durch die Umwelt- und Energiepolitik der rot-grünen Bundesregierung wurde der Klimaschutz verbessert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Dynamik ist beeindruckend: Anfang der 90er Jahre waren es rund 600 000, 2002 nahezu 1,5 Millionen Menschen, die durch Umweltschutz beschäftigt waren. Das entspricht einem Anteil von 3,8 Prozent aller Beschäftigten. Schätzungsweise rund 130 000 Arbeitsplätze sind mittlerweile durch die Förderung der erneuerbaren Energien entstanden. Bis 2020 können es 400 000 Arbeitsplätze sein, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien beibehalten wird. Hiermit wird einmal mehr deutlich: Umweltschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind kein Gegensatz. Im Gegenteil!

Die Lebensqualität hat sich durch die rot-grüne Umwelt- und Energiepolitik verbessert. Dies stärkt auch die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland. Und mit der Strategie den Energie- und Ressourcenverbrauch zu reduzieren und erneuerbare Energien auszubauen, wird auch ein konkreter Weg aufgezeigt, wie sich die Abhängigkeit vom Öl reduzieren lässt.

- Mit dem Atomausstieg wurde der gesellschaftliche Konsens über ein geordnetes Auslaufen der Atomkraft politisch durchgesetzt. Drei AKW wurden inzwischen stillgelegt. Die deutschen Transporte zur Wiederaufbereitungsanlage La Hague wurden gestoppt.

- Mit dem EEG wurde das weltweit erfolgreichste Fördermodell für die Stromerzeugung aus regenerativen Energien etabliert.
- Mit dem KWK-Gesetz wurden die Bedingungen für effiziente dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung verbessert, und es wurde ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Energieeffizienz geleistet.
- Mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wurden über 230 000 Gebäude energetisch saniert. Zum Schutze des Klimas und zur Sicherung von 25 000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft.
- Mit dem EnWG wurde das deutsche Energierecht grundlegend modernisiert – für Innovationen und Investitionen in Milliardenhöhe, für mehr Wettbewerb und für mehr Verbraucherrechte.
- Mit dem Emissionshandel wurden Anreize für eine effizientere Energieerzeugung und -nutzung eingeführt. Damit können die Unternehmen kostengünstig Klimaschutz betreiben. Die rot-grüne Bundesregierung verfolgt eine ehrgeizige Klimaschutzpolitik, die Deutschland bereits bis auf 2 Prozent an die Kyoto-Ziellinie von 2012 herangebracht hat.
- Mit dem Bundesnaturschutzgesetz wurde u.a. die Verbandsklage bundesweit eingeführt und die Grundlage für einen Biotopverbund auf mindestens 10 Prozent der Landesfläche geschaffen.
- Neue Grenzwerte für Feinstaub aus Industrie- und Feuerungsanlagen schützen die Gesundheit und initiieren technische Innovationen.
- Mit dem neuen Hochwasserschutzgesetz wurde ein wichtiger Beitrag für die Verminderung von Hochwasserkatastrophen geleistet.
- Das Pfand auf Einwegverpackungen schützt nicht nur die Umwelt sondern sichert und schafft Arbeit. Seit Januar 2003 sind im Mehrwegbereich über 10 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Moderne Umwelt- und Energiepolitik sind kein Luxus für wirtschaftlich bessere Zeiten. Sie sind integraler Bestandteil einer nachhaltigen Modernisierung, von der die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidend abhängt.

3.9 Moderne Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik: Mehr Verbraucherrechte und gesunde Lebensmittel

Rot-Grün steht für Verbraucherschutz und eine neue wettbewerbsorientierte Landwirtschaftspolitik: Weg von klassischer Agrarsubventionierung, hin zu gesellschaftlich akzeptierter Agrarproduktion, weg von Käfighaltung, hin zu artgerechter Tierhaltung. Nur mit Verbrauchervertrauen in die Einhaltung hoher Standards hat die deutsche Produktion eine Chance am Markt. Billig können andere besser. Die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher hat Vorrang. Wir achten die wirtschaftlichen Interessen der Land- und Ernährungswirtschaft. Union und FDP haben die Agrarwende dagegen abgelehnt. Sie stimmten auch wiederholt gegen das Verbraucherinformationsgesetz, weil sie nicht offen legen wollen, was in Lebensmitteln und Konsumgütern steckt.

Durch das Gentechnikgesetz wird die gentechnikfreie Landwirtschaft vor Verunreinigungen und wirtschaftlichen Einbußen geschützt. Leider verhindert die Opposition durch ihre Blockadepolitik im Bundesrat Verbesserungen für die Weiße Biotechnologie – ein Bereich mit hohem Arbeitsplatzpotential.

4. Deutschland ist ein selbstbewusstes und friedliches Land, das seine globale Verantwortung wahrnimmt

Deutschland ist ein hoch respektierter Partner in der internationalen Politik und bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Dies verdanken wir einer konsequenten Europa-, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik.

Die EU mit dem Ziel einer solidarischen und verlässlichen Gemeinschaft nach Innen und Außen

Die europäische Integration ist der Garant für Frieden, Demokratie und Schutz der Menschenrechte in Europa. Die Regierungskoalition hat entscheidend dazu beigetragen, die EU konsequent weiter zu entwickeln und sich in den vergangenen Jahren mit Erfolg für eine weitere parallele Vertiefung und Erweiterung der EU eingesetzt. Mit dem Verfassungsentwurf ist es gelungen, ein Reformmodell für die EU zu präsentieren,

- das die Effizienz der Institutionen erhöht,
- die demokratische Mitwirkung sowohl des EP wie der nationalen Parlamente deutlich stärkt,
- die Kompetenzaufteilung zwischen Mitgliedstaaten und EU auf eine klare Grundlage stellt und
- die EU gerade in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit in die Lage versetzen soll, auf die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu antworten.

Mit der Einführung der Grundrechtecharta in den Verfassungstext wurden die langjährigen Bemühungen der Bundesregierung um die Stärkung des Grundrechtsschutzes auf europäischer Ebene gekrönt.

Im Verfassungsentwurf sind damit viele seit Jahren von Deutschland verfolgte Ziele verankert worden. Entsprechend ist der Verfassungsvertrag in Deutschland von einer überwältigenden Mehrheit im Bundestag und Bundesrat ratifiziert worden und auf breite politische und gesellschaftliche Akzeptanz in Deutschland gestoßen.

Die europäische Integration bietet die Chance eine Region des Friedens und des Wohlstands zu gestalten und die soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln, die Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als gleichberechtigte Werte begreift. Sie ist deshalb die richtige Antwort auf die Globalisierung. Die EU bildet einen wichtigen Rahmen in dem die Chancen der Globalisierung zum Wohle der Menschen genutzt und ihre Risiken beherrscht werden können.

Die rot-grüne Bundesregierung hat deshalb die Lissabon-Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften von Beginn an unterstützt. Sie hat dazu beigetragen, dass diese durch den Göteborg-Prozess auf alle drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung, also Wirtschaft, Soziales und Umwelt, ausgedehnt wurde. Die Bundesregierung hat sich stets dafür eingesetzt, dass diese Bereiche nicht als gegensätzlich betrachtet wurden, sondern als sich ergänzende und sich gegenseitig verstärkende Elemente. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, solide Finanzen und ein hohes Beschäftigungs- und Sozialschutzniveau bilden dafür die Grundlage. Um die europäische Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu steigern, ist eine enge Verzahnung zwischen nationalen und europäischen Politiken notwendig. Vorfahrt für Investitionen in Forschung und Bildung ist dabei entscheidend. Verbunden damit ist das Ziel eines gleichberechtigten Zugangs zu Ausbildung und Arbeit für alle Teile der Gesellschaft. Dies gilt für alle EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen. Der freie Zugang zum Arbeitsmarkt darf allerdings nicht zu Lasten der Schwächeren in der Gesellschaft gehen. Die

notwendige Dynamisierung z. B. des Dienstleistungsmarktes darf nicht auf eine Art und Weise geregelt werden, die dem Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor öffnen. Deshalb kann der vorliegende Entwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht akzeptiert werden.

Gesunde und tragfähige Finanzen sind ein wichtiger Baustein der Lissabon-Strategie. Die Erfahrungen mit einer mechanistischen Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes haben allerdings gezeigt, dass eine zu einseitige Ausrichtung auf die Stabilität Wachstumseinbußen zur Folge hat. Gemeinsam mit den europäischen Partnern hat die rot-grüne Bundesregierung deshalb durch die Reform des Paktes die Voraussetzungen für eine ökonomisch sinnvollere und die Wachstumskräfte stärkende Anwendung geschaffen.

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten ist wirtschaftlich wie politisch ein großer Erfolg. Deutschland liegt nun im Zentrum der EU. Die Integration gerade der osteuropäischen Nachbarn wurde von der Bundesregierung mit Nachdruck unterstützt. Sie hat zu einem Zuwachs an Stabilität und an Arbeitsplätzen in Deutschland geführt. Die deutsche Wirtschaft schätzt, dass durch die Importe in die Beitrittsländer schon jetzt fast 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten wie geplant – ergebnisoffen – am 3. Oktober beginnen. Von der dauerhaften Verankerung einer Türkei, die Demokratie, offene Gesellschaft, Menschen- und Frauenrechte praktiziert, in der EU würde eine wichtige Signalwirkung auf den Nahen und Mittleren Osten ausgehen. Dieser wiederum wird für die Sicherheit Europas in den kommenden Jahrzehnten von zentraler Bedeutung sein.

Deutschlands Rolle in der Welt

Deutschland hat seit dem Regierungswechsel 1998 in hohem Maße internationale Verantwortung übernommen. Unser Land steht heute für Frieden und engagiertes Konfliktmanagement, ebenso wie für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Leitlinien rot-grüner Außenpolitik sind Krisenprävention, Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung und die gerechte Gestaltung der Globalisierung. Hierfür brauchen wir eine handlungsfähige und handlungswillige Staatengemeinschaft. Deshalb hat sich die rot-grüne Regierungskoalition für die Stärkung der EU und eine umfassende Reform der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen eingesetzt und wird dies auch in Zukunft tun. Durch diplomatische, entwicklungspolitische, zivile, polizeiliche und militärische Beiträge hat die Regierungskoalition gezeigt, dass Deutschland unter rot-grüner Verantwortung bereit und in der Lage ist, dem Frieden in der Welt auf verantwortliche Weise zu dienen. Die rot-grüne Regierungskoalition ist überzeugt, dass politische Lösungen und Stabilität am besten durch Demokratisierung und internationale Kooperation auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten erreichbar sind.

Die rot-grüne Koalition hat von Anfang an den Irak-Krieg abgelehnt. Sie ist konsequent geblieben und hat allen Versuchen, sie von diesem Anti-Kriegs-Kurs abzubringen, widerstanden. Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten über den Irak-Konflikt bleiben stabile transatlantische Beziehungen ein Stützeanker deutscher Außenpolitik unter Rot-Grün. Daher leistet Deutschland seine Beiträge zur notwendigen Stabilisierung des Irak und seines Wiederaufbaus. Denn dies liegt im gemeinsamen Interesse, auch der Staaten der Region.

Deutschland hat sich seit der Regierungsübernahme durch die rot-grüne Regierungskoalition massiv auf dem Balkan engagiert und mit dafür gesorgt, dass diesen Ländern durch die Stabilisierungs- und Assoziierungs-Programme

der EU zum ersten Mal eine europäische Perspektive gegeben wurde. Dies hat entscheidend zur Stabilisierung der gesamten Region beigetragen. Deutschland ist heute auch in Afghanistan einer der wichtigsten Akteure bei der Gewährleistung von Sicherheit und beim Wiederaufbau. Ob in Bosnien, im Kosovo, in Mazedonien oder in Afghanistan: Deutschland ist ein verlässlicher Partner. Politische Initiativen der Bundesregierung, wie der Stabilitätspakt für Südosteuropa oder der Petersberg-Prozess zum Wiederaufbau Afghanistans, waren richtungweisend. Viele Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Helferinnen und Helfer leisten dort einen unverzichtbaren Einsatz zum Wiederaufbau dieser Krisenregionen.

Deutschland hat sich aktiv für die Überwindung des Nahost-Konflikts eingesetzt und gemeinsam mit unseren Partnern in der EU, mit den USA, Russland und mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Wiederbelebung des Friedensprozesses im Rahmen der „Road Map“ unterstützt.

Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben im Auftrag der EU dem Iran im Streit um sein Nuklearprogramm ein umfassendes Angebot zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit vorgelegt. Bislang ist die iranische Seite leider nicht auf dieses Angebot eingegangen. Dennoch gibt es zu dem eingeschlagenen Weg der Verhandlungen für uns keine Alternative. Militärische Optionen zur vermeintlichen Lösung des Konflikts scheiden für die Regierungskoalition definitiv aus.

Den erfolgreich eingeleiteten Transformationsprozess der Bundeswehr mit der konsequenten Ausrichtung an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung wird die Regierungskoalition fortsetzen. Gleichzeitig bleibt der Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger wichtiger Eckpfeiler deutscher Sicherheitspolitik. Die Leistungen der Bundeswehr in den Einsatzgebieten finden weltweit Anerkennung. Ihre Einsätze zur Sicherung von Frieden und Stabilität in den Krisenregionen erfolgen immer im multinationalen Rahmen, auf der Grundlage eines Mandates der Staatengemeinschaft und in enger Abstimmung mit den Verbündeten in NATO und Europäischer Union. Dabei leistet die Bundeswehr einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag.

Armut bekämpfen, Frieden sichern, Globalisierung gestalten bleiben die wesentlichen Ziele rot-grüner Entwicklungspolitik. Die rot-grüne Regierungskoalition hat die Neuausrichtung der Entwicklungspolitik als Element globaler Struktur- und Friedenspolitik konsequent vorangetrieben. An vorderster Stelle steht dabei die Unterstützung der Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder der Welt. Die Koalition bekennt sich zu ihrer Verantwortung in der einen Welt und zur Umsetzung der Millenniumsziele. Weil Frauen der Schlüssel zu Entwicklung sind, wird Geschlechtergerechtigkeit gefördert. Die Regierungskoalition setzt sich konsequent für die in Doha beschlossene WTO-Entwicklungsrunde ein. Die Koalition wird sich anknüpfend an die „Leitlinien zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung“ international für Ernährungssicherheit einsetzen. Weiterhin sollen erneuerbare Energien und Energieeffizienz zur Bekämpfung der Armut und zum Schutz des Klimas auch in Entwicklungsländern gefördert werden. Deutschlands Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit wird von 2006 bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts erhöht. Zur Finanzierung gehören: wachsende Haushaltsmittel, die Fortsetzung der Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und innovative Finanzierungsinstrumente.

Die Regierungsfractionen verstehen Menschenrechtspolitik als Querschnittsaufgabe, die auch institutionell in allen relevanten Politikfeldern verankert werden muss. Dies wurde u. a. mit der Bildung eines eigenständigen Menschenrechtsausschusses, der Schaffung der Stelle eines Menschenrechts-

beauftragten der Bundesregierung im Auswärtigen Amt und der Einrichtung des Deutschen Instituts für Menschenrechte vorangetrieben. Im Kampf für die Stärkung des internationalen Menschenrechtsschutzes wurden strukturelle Reformen bewährter Schutzinstrumente wie der VN-Menschenrechtskommission und des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes unterstützt und die Regierungskoalition hat sich für den Prozess der Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes eingesetzt. Internationale Friedenssicherung kann nur erfolgreich sein, wenn sie zugleich Menschenrechte schützt und umsetzt; dies gilt für uns auch und gerade im Kontext des Anti-Terror-Kampfes.

Deutschlands Ansehen in der Welt ist heute so hoch wie nie zuvor. Dies ist ein Erfolg der Politik von Gerhard Schröder und Joseph Fischer und ihres konsequenten Eintretens für die Stärkung multilateraler Systeme und gegen außenpolitische Alleingänge.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Reformkurs der sozialen und ökologischen Erneuerung Deutschlands mutig, klar und entschlossen fortzusetzen,
- weiter für eine Politik einzutreten, die wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand, sozialen und ökologischen Fortschritt miteinander verbindet.

Die rot-grüne Regierungskoalition steht für

- gerechte Teilhabe aller am Wohlstand des Landes,
- wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- gerechte Löhne und Sicherung von Arbeitnehmerrechten,
- die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland,
- eine Verbesserung der Lebensqualität durch konsequente Verbraucher- und Umweltpolitik,
- den wirksamen Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Menschen,
- gerechte Bildungschancen für alle,
- ein leistungsfähiges, solidarisches und bezahlbares Gesundheitswesen,
- bessere Rahmenbedingungen für Familien,
- die Gleichstellung von Männern und Frauen,
- ein tolerantes und weltoffenes Deutschland,
- ein gerechtes und auskömmliches Steuersystem,
- einen modernen Energiestandort Deutschland,
- eine konsequente Fortsetzung der Politik „Weg vom Öl“ durch Förderung von Energieeinsparungen und erneuerbaren Energien,
- ein selbstbewusstes und friedliches Deutschland, das nach diesem Leitbild globale Verantwortung wahrnimmt.

Die Stagnation der vergangenen Jahre ist überwunden. Deutschland ist auf Wachstumskurs. Die Lage am Arbeitsmarkt ist nicht zufrieden stellend, aber zentrale Reformen beginnen auch hier zu wirken. Veränderungen für das Gemeinwohl auch in schwierigen Zeiten sind möglich, wenn die Regierung den Mut zur Wahrheit und zur Lösung von Problemen hat. Dieser Weg muss weiter gegangen werden. Auch in Zukunft wird die Regierungskoalition die Blockierer und Schwarzmalen widerlegen. Deutschland muss sich auf seine

Stärken besinnen und den Kurs der sozialen und ökologischen Erneuerung des Landes fortsetzen.

Die rot-grüne Regierungskoalition will erhalten, was Deutschland wirtschaftlich stark macht: Die soziale Marktwirtschaft mit einem handlungsfähigen und aktivierenden Sozialstaat. Deutschland ist stark, weil es sozial ist, nicht obwohl. Freie Entfaltung und gerechte Chancen sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Deutschland ein Land des Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit bleibt. Die Regierungskoalition tritt ein für eine zivile Gesellschaft, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Wo andere spalten, hält die Koalition das Land zusammen.

Berlin, den 6. September 2005

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

